

Bezugspreis:
Für den Monat Dezember 750 M.
vorwärts schickbar. Unter Kreuzband
für Deutschland, Dänzig, Saar- und
Pommerngebiete sowie Österreich und
Luzern 1250 M., für das übrige
Westeuropa 1750 M. ...

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:
Die einseitige Reklameweile
kostet 150 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 14. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollstedtkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Distanz-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Industrie und Regierung.

Sorge gegen Stinnes.

Im Reichswirtschaftsrat gab heute vor Eintritt in die Tages-
ordnung Dr. Ing. Sorge, der Vorsitzende des Reichsverbandes der
deutschen Industrie, folgende Erklärung ab:

Ich ergreife die Gelegenheit, hier im Plenum des Reichswirt-
schaftsrates gegenüber wirren Zeitungsnachrichten über
die Stellung der Industrie zur Regierung, die durch die Blätter gehen
und meines Erachtens mit ihrem zum Teil sich widersprechenden In-
halt nur nachteilig auf In- und Ausland wirken
können, festzustellen, was diesen Gerüchten an Tatsachen zugrunde
liegt.

Die Nachrichten über einen von mir nachgesuchten resp. ausge-
führten Besuch beim Reichsfinanzminister sind unrichtig. Ebenso
sind die Einzelheiten einer angeblichen Unterhaltung, die gelegentlich
dieses Besuches stattgefunden haben soll, nicht oder wenigstens nur
zum geringen Teil zutreffend. Eine Unterhaltung zwischen dem Reichs-
finanzminister und mir hat gelegentlich der ersten Plenarsitzung des Reichs-
wirtschaftsrates vorgefallen hier stattgefunden. In ihr wurde auch die
bekannte erste Notiz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ange-
sprochen. Ich erklärte, daß der Reichsverband der deutschen
Industrie dieser Notiz vollkommen fernstehe. Ich
fügte weiter hinzu, daß der Reichsverband es für seine Pflicht
halte, die Regierung in der jetzigen schwierigen Lage Deutschlands
zu unterstützen; die Industrie sei auch bereit, an jeder Lösung, die
eine dauernde Befundung der politischen und wirtschaftlichen Ver-
hältnisse Deutschlands verspricht, mitzuwirken.

Ich halte mich für verpflichtet, diese Erklärung hier abzugeben,
weil ich Gerüchte, welche eine Dissonanz zwischen Regierung und
Industrie konstatieren wollen, nicht nur für verwerflich,
sondern geradezu für ein Verbrechen am Vaterland halte.

Nach dieser Versicherung könnte man fast auf den Gedanken
kommen, daß Herr Sorge die Stinnes-Gruppe für „Verbrecher am
Vaterlande“ hielt.

Umschwung in Paris.

Nur noch Daudet für Ruhrbesetzung ...

Seit zwei Tagen macht sich in Paris ein deutlicher Um-
schwung in der Frage der Ruhrbesetzung bemerkbar. Die
Erklärungen, die Poincaré nach seiner Rückkehr vor den
Pressevertretern abgegeben hat, waren für die meisten Boule-
vardblätter das Signal, in ein neues Horn zu blasen. Auf
einmal will niemand beabsichtigen haben, die Ruhr zu be-
setzen, auch Poincaré nicht! ... Uns kann dieser Frontwechsel
natürlich nur recht sein. Indessen ist der Zweck dieses Manö-
vers klar: es handelt sich für die Regierung vor allem darum,
ihren Londoner Mißerfolg zu vertuschen und den er-
warteten schweren Angriffen in der Kammer am morgigen
Freitag erfolgreich zu begegnen.

Nur ein einziger Interpellant, der royalistische Hanswurst
Léon Daudet, wird Poincaré wegen der Nichtausführung
seiner Ruhrdrohungen angreifen. Sogar Lardieu, der eben-
falls eine Rede angekündigt hat, hat sich den neuen Verhält-
nissen angepaßt. Er vertritt jetzt den Standpunkt, daß es nun-
mehr zu spät sei, um die Ruhr zu besetzen und will Poincaré
deshalb angreifen, weil er den richtigen Zeitpunkt für die
Ausführung dieser Drohung verpaßt habe. In ähnlichem
Sinne hat sich beziehungsweise auch Clemenceau bei
seiner Abreise aus New York geäußert. Auch Mil-
lerand soll, nach einem Bericht der „Daily Mail“, den Stand-
punkt der Notwendigkeit der Ruhrbesetzung aufgegeben haben,
und zwar unter dem Eindruck verschiedener Briefe und Be-
richte maßgebender militärischer Führer, die er in
den letzten Tagen erhalten hat. In einem dieser Briefe wird,
der „Daily Mail“ zufolge, erklärt, daß es jetzt zu spät sei,
um zur Besetzung des Ruhrgebietes zu schreiten, da eine solche
Besetzung Aufstände und wirtschaftliche Störun-
gen im ganzen Lande hervorrufen würde.

In anderen Briefen an Millerand wird vorgeschlagen, daß
an Stelle der Ruhrbesetzung die Errichtung einer Zoll-
grenze am Rhein in Betracht gezogen werden könnte,
wodurch mehr praktische Resultate erreicht werden würden.
Die „neue Zollgrenze“ scheint übrigens die neue Pa-
role zu sein, die man in Regierungskreisen an Stelle der
Ruhrbesetzung ausgeben will.

Eine unmittelbare Gefahr scheint für die Re-
gierung Poincaré infolge dieses überraschenden Frontwechsels
nicht mehr zu bestehen. Auch die radikalsozialistische
Gruppe hat ihren Führer Herriot beauftragt, am Freitag
Poincaré zu unterstützen, um dadurch den „nationalen“ Cha-
rakter der Partei zu betonen. Die ganze Partei verurteilt
zwar die innere Politik des Ministeriums, der linke
Flügel verurteilt auch ihre auswärtige Politik, aber die Mehr-
heit unter Führung von Herriot und Aloy vertritt den Stand-
punkt, daß Frankreich die Möglichkeit der Besetzung als eine
Waffe in der Hand behalten soll, die den Beweis ihrer
Wirksamkeit bereits geliefert habe.

Englische Mahnungen an Frankreich.

London, 14. Dezember. (WTB.) Bei einer Erörterung der
Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden im
Oberhause wies Lord Birkenhead mit Nachdruck auf die mit
einer Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich verbundenen Ge-
fahren hin. Lord Grey drang darauf, daß die Reparations-
frage nicht von der Frage der interalliierten Schulden
getrennt, sondern mit ihr als ein Ganzes betrachtet werde. Er nannte
die Politik der Balfour-Note unfruchtbar und betonte, daß im Inter-
esse des politischen Friedens und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues
Europas Großbritannien die Schulden seiner Bundesgenossen an-
nullieren sollte. Er sprach die Hoffnung aus, daß hierdurch die
Besorgnis vor einem Rüstungswettlauf beseitigt und die Lage in
Europa gebessert werden würde. Frankreich müßte in erster Linie
Sicherheit haben. Wenn man sage, die französische Regierung sei
allzu geneigt, energische Maßnahmen zu ergreifen und mehr deutsches
Gebiet zu besetzen, so sei der wirkliche Wunsch Frankreichs nicht so
sehr der, Geld von Deutschland zu erhalten, als der, Sicherheiten zu
erhalten, die es für sich selbst für nötig halte und die es durch das
Richtzustandekommen des englisch-französisch-amerikanischen Paktes
verloren zu haben glaube. Auf die Dauer erhöhte keine Ration ihre
Sicherheit durch die Besetzung weiter Gebietsstrecken mit einer
fremden Bevölkerung. Salisbury sprach die Hoffnung aus, daß
die französischen Staatsmänner sich Greys Ratsschläge zu Herzen
nehmen möchten. Die Londoner Konferenz bedeute keinen Abbruch,
sondern nur eine Verlagerung, und er hoffe, daß auf der Pariser
Konferenz Vorschläge gemacht werden würden, die die Zustimmung
Frankreichs fänden.

Nach weiteren ergänzenden Reden begründete Lord Bir-
kenhead seine Mahnungen an Frankreich folgendermaßen: Er-
kenne, so führt er aus, nur drei mögliche Sicherheiten:

1. Die Besetzung des Ruhrgebietes. Es sei nicht
mehr zu erklären, daß in Deutschland heute die Fähigkeit für mili-
tärlichen Widerstand bestehe; Warnungen und Prophezeiungen über
die Möglichkeit, in naher Zukunft eine große deutsche Armee wieder
zu sehen, beruhen auf Täuschung und Unwissenheit. Es könnte
nichts geschehen ohne die Kenntnis von Ländern, die eine übermä-
chtige militärische Überlegenheit haben würden.

2. Die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein
oder statt dessen um das Ruhrgebiet herum werde wahrscheinlich
nicht erfolgreich sein. Die Alliierten hätten bereits die Zollmethode
versucht, und die Folge sei, daß die Reparationskommission zahlreiche
Kisten voll mit deutscher Papiermüllerei habe.

3. Beschlagnahme einiger der Wälder und Berg-
werke in Deutschland. Dies würde Besatzungstruppen zum
Schutze der damit Beauftragten notwendig machen, und die vor-
kurzem in Deutschland stattgefundenen Ereignisse zeigten die Ge-
fahr und die Kosten, die damit verbunden sein könnten.

Birkenhead erklärte, Deutschlands Lage sei heute die Folge
vorwärtlicher Inflation, so daß es sich am Rande wirtschaft-
lichen Zusammenbruchs befinde. Wenn Deutschland aus der homo-
genen geographischen und politischen Einheit, die in Europa vor
dem Kriege bestand, herausgeschnitten würde, so könnte England
keinerlei Hoffnung auf Wiederherstellung seiner nationalen Wohl-
fahrt innerhalb der Lebensdauer der jetzt lebenden Generation be-
halten. Birkenhead forderte die Veröffentlichung des Berichts des
internationalen Sachverständigenausschusses über die Stabilisierung
der Welt. Dieser Bericht wisse darauf hin, daß die unverzög-
liche Stabilisierung der deutschen Welt eine wesent-
liche Bedingung sei, um Deutschland vor dem vollständigen
Zusammenbruch zu retten.

Amerikas Rückkehr nach Europa.

London, 14. Dezember. (WTB.) „Times“ meldet aus
Washington vom 13. Dezember: Das Weiße Haus ließ gestern mit-
teilen, daß die amerikanische Regierung alles mögliche tue, um eine
besriedigende Lösung der Schwierigkeiten in Europa zustande zu
bringen. Präsident Harding wüßte darauf hinzuweisen, daß
keine Regierung sich nicht unartig verhalte. Er habe weiter mit-
geteilt, daß vor dem 2. Januar nächsten Jahres die nötigen diplo-
matischen Schritte getan sein würden, um die englische,
französische und die anderen beteiligten Regierungen über die Haltung
Amerikas zu verständigen. Das Staatsdepartement wolle nur diese
allgemeine Erklärung abgeben.

Dollar 7700 — 7800.

Am heutigen Devisenmarkt bildeten die Ausführungen Lord
Birkenheads und Lord Greys im englischen Oberhause den
Gegenstand lebhafter Erörterungen. Der Umsatz in ausländischen
Zahlungsmitteln bleibt jedoch gering. Diese Erscheinung hängt mit
der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation zusammen. Die Geld-
marktverhältnisse wurden auch heute an der Börse sehr
ungünstig beurteilt; es machen sich mancherlei Störungen
im Wirtschaftskreis bemerkbar, die auf die herrschende Geldknapp-
heit zurückzuführen sind. Infolgedessen ist man auch für Effekten
nicht mehr allzu fest gestimmt. Das Interesse der Spekulation kon-
zentriert sich auf einzelne Papiere, für die besondere Vorgänge si-
mulieren. Der Dollar wurde heute gegen mittag mit 7700 bis
7800 gehandelt.

Leverkusen — Ludwigshafen.

Von Wilhelm Reimann.

Angeichts der Vorgänge in Leverkusen und Ludwigshafen
und der irreführenden Nachrichten der kommunistischen Presse
erscheint es angezeigt, einmal zu zeigen, wie sich die Dinge in
den genannten Orten zwangsläufig entwickelt haben.

Was war und ist in Leverkusen vorgegangen? Im
März 1921 legte die Arbeiterschaft bei Baner u. Co. die Arbeit
nieder, weil angeblich der Achtstundentag beseitigt werden
sollte. Der Sachverhalt war folgender:

Bisher war es im Betriebe üblich gewesen, entgegen den
tariflichen Bestimmungen die Ueberstunden „abzubummeln“.
Dem Betriebsrat war tariflich die Möglichkeit gegeben, bei
Leistung von Ueberstunden bestimmend einzugreifen. Tatsäch-
lich wurden denn auch dank der Tätigkeit des Betriebsrats
vor dem Streik bei etwa 8000 Beschäftigten nur 400 Ueber-
stunden pro Woche geleistet. Jeder, der die Verhältnisse in
Großbetrieben und insbesondere in der chemischen Industrie
kennt, wird zugeben, daß die Zahl der geleisteten Ueberstunden
sehr gering war. Ein Vorarbeiter erklärte dem Betriebsleiter,
daß er Urlaub zum Abbummeln einiger geleisteter Ueberstun-
den haben wolle. Dieser Urlaub wurde verweigert und die
Entlassung angedroht. Trotzdem erschien der Arbeiter am
anderen Tage nicht zur Arbeit und die Entlassung wurde aus-
gesprochen. Zugleich erschien ein Anschlag am schwarzen Brett,
der das Abbummeln der Ueberstunden unterlagte. Verhand-
lungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat verliefen er-
gebnislos und nun begann die kommunistische Propa-
ganda für Arbeitsniederlegung mit dem nötigen
Drum und Dran. Einige Arbeiterratsmitglieder, darunter der
Vorsitzende des Arbeiterrats, wandten sich in einer
Beratungsmännerkonferenz gegen die Streikpropa-
ganda. Sie wurden nicht nur niedergeschrien, sondern auch
tatsächlich bedroht. Die Zahlstellenleitung des Fabrikarbeiter-
verbandes, die vollständig in kommunistischem Fahrwasser
schwamm, brachte nicht so viel Rückgrat auf, dem Treiben ent-
gegenzutreten, und nun brach das Verhängnis herein.

Der Streik begann trotz Warnung des
Hauptvorstandes und ohne irgendwie die Schlichtungs-
instanzen zur Beilegung des Streites anzurufen. Was küm-
mern die Strategen Mostaus Gewerkschaftsregeln oder ge-
werkschaftliche Erfahrungen! Nachdem der Streik einige Tage
gedauert und die Gesamtorganisation die finanzielle Unter-
stützung verweigerte, begann das wildeste Geschimpfe, die Propa-
ganda für Ausbreitung des Kampfes vorerst auf das Kölner
Gebiet. Zugleich wurde der Schlichtungsausschuss
angeführt, der den Arbeitern unrecht gab. Von Ber-
lin eilte Heinrich Mahajan nach dem Streikgebiet, um das
Feuer zu schüren und, wenn möglich, den Streik zur Weltrevo-
lution auszuwaschen zu lassen. Die Drahtzieher Kramm, Schulte
und Genossen reisten im Lande herum, um zur Solidarität und
Sammlung von Geldern aufzurufen. Wohl gelang es, einige
Betriebe im Kölner Gebiet zur Arbeitsniederlegung zu be-
wegen, die große Mehrzahl folgte diesem Ruf jedoch nicht,
nachdem sich die Gewerkschaftsfunktionäre Kölns gegen den
Generalfreistreit ausgesprochen hatten. So kam, was kommen
mußte: der Streik brach zusammen, und nun setzte
im Betrieb die durch nichts gehemmte Unter-
nehmerwillkür ein. Die Rechte, die sich der Betriebsrat
über das Betriebsratgesetz hinaus erkungen hatte, wurden
beschnitten, hunderte von Familienvätern entlassen usw. Die
beispiellose Heße der Kommunisten gegen die Gewerkschaften
und die enttäuschten Hoffnungen der Irreführten ließen die
Organisation in Leverkusen zusammenbrechen. Die Zahl der
freigewerkschaftlich Organisierten sank bis auf 1500. Von den
Abgesprungenen ging ein Teil zu den Christen, ein anderer,
größerer Teil wurde gelb oder indifferent.

Die Folgen blieben nicht aus. Nach Feststellungen des
Fabrikarbeiterverbandes wurden im Juni 1922, also nach
dem Streik, von etwa 8000 Beschäftigten jede Woche
17000 Ueberstunden geleistet.

Der Zusammenbruch der Organisation, Auslieferung der
Arbeiter an das Unternehmertum, das sind die Früchte der
kommunistischen Taktik. Die Kenntnis dieser Vorgeschichte ist
notwendig, um die jetzigen Ereignisse in den Harzwerten
Leverkusen zu verstehen. Die Firma hat die Situation aus-
genutzt und bei den zuständigen Stellen die Erlaubnis zur Ver-
richtung von Ueberstunden für die Betriebshandwerker für
eine beschränkte Zeit erwirkt. Es soll hier nicht untersucht wer-
den, ob diese Ueberstunden notwendig sind; aber deswegen,
weil die Aufsichtsbehörden für die Betriebshand-
werker, und nur um diese handelt es sich, Ueberstunden ge-
stattet, kann von einer Beseitigung des Achtstundentages mit
Hilfe der Gewerkschaften keine Rede sein. Prompt setzte aber
die Streikagitator der Kommunisten ein. Die „rote Fahne“
brachte einen von Schulte zurückgestuften Leitartikel, um dem
Fabrikarbeiterverband und der Sozialdemokratie die Schuld an
der angeblichen Beseitigung des Achtstundentages zuzuschreiben.
Wir lassen hier einmal Zahlen reden: Von den etwa 8000 Be-
schäftigten sind rund 2500 freigewerkschaftlich, 1200 christlich
organisiert, der übrige Teil (4300) ist gelb oder unorgani-

Hier! Es gehört schon die ganze Gewissenhaftigkeit der Jünger Moskows dazu, um bei einem derartigen Organisationsverhältnis zum Streit zu blasen. Nicht nur, daß die mühselig zur Teil wieder aufgebaute Organisation in die Brüche gehen müßte, würde neues Elend über Tausende von Arbeiterfamilien gebracht. Es ist überall dieselbe Geschichte: dem Verne-Werk folgt Perverturen, Höchst und jetzt Ludwigshafen.

In Ludwigshafen hatte ein Teil der Belegschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik beschlossen, den Betriebsräte-Kongress der Kommunisten in Berlin durch vier Vertreter zu beschicken. Die Direktion ließ den Delegierten erklären, daß Urlaub hierzu nicht gewährt werden würde, wer dennoch fehle, werde entlassen. Eine Betriebsversammlung, die von 6000 Beschäftigten bei einer Belegschaft von über 20.000 besucht war, beauftragte sich mit dem Verbot, und hier ließen sich die tapferen Delegierten eine Rückversicherung in der Form geben, daß ein Antrag angenommen wurde, daß im Fall der Entlassung der Delegierten die Arbeit eingestellt wird. Es ist überflüssig zu sagen, daß ein Gewerkschaftsvertreter bei den Beschlüssen nicht gehört wurde. Drei Delegierte fuhren nach Berlin, der vierte veräußerte den Zug. Nach der Rückkehr erfolgte die Entlassung der drei. Die Gewerkschaften verhandeln mit der Direktion und es schien nicht ausgeschlossen, die Wiedereinstellung der Entlassenen zu erreichen. Jedenfalls erklärte sich die Firma bereit, den Schlichtungsausschuß entscheiden zu lassen. Im Laufe der Verhandlungen traf die Nachricht ein, daß bereits einige Abteilungen die Arbeit niedergelegt hätten. Jetzt brach die Firma die Verhandlungen ab und zog die gemachten Zugeständnisse zurück. Der Betrieb wurde geschlossen und eventuelle Arbeitswillinge zurückgewiesen. Unter Ausschluß der Gewerkschaften, die erklärten, daß sie die Arbeitseinstellung nicht billigen können, wurde eine Streikleitung gewählt, die sich ausschließlich aus Kommunisten zusammensetzt. Prompsit begann die Agitation für Erweiterung der Kampfbasis und die Beschimpfung der Gewerkschaften, namentlich des Fabrikarbeiterverbandes, der jede finanzielle Unterstützung des Streiks ablehnte.

Wir haben rein sachlich den Verlauf der Verhandlungen dargestellt, und jeder, der auch nur das ABC der Gewerkschaftsbewegung kennt, wird verstehen, daß jeder gewerkschaftliche Grundsatze bei Inszenierung der Bewegung außer Betracht gelassen wurde. Würde der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter diesen Streit sanktionieren oder finanzieren, müßte er sofort zum Teufel gejagt werden. Wer das Gebaren der Ludwigshafener Delegierten auf dem Gewerkschaftskongress und Verbandstag der Fabrikarbeiter sah, wußte, daß über kurz oder lang die Dinge so laufen mußten. Den Bewegungen im Verne-Werk und Levertus schließt sich würdig Ludwigshafen an. Die Arbeiterschaft muß hartes Lehrgeld zahlen, ehe sie die verbrecherische Tätigkeit der Kostgänger Moskows erkennt.

Wollen wir aus diesem Sumpf heraus, dann gilt es für alle, denen die Erhaltung der Gewerkschaften herzenssache ist, gerade und konsequent den Weg zu gehen, den die Gewerkschaftserfahrung zeigt. Oberster Grundsatz ist Selbstdisziplin, ohne diese ist gewerkschaftliche Organisation unmöglich.

Nach ein Wort zur Entlassung der Betriebsräte. Sie ist nicht nur ein brutaler Akt des Unternehmertums, sie ist mehr, nämlich eine Dummheit. Niemand hatte dem Betriebsrätekongress in der Hofenheide und seinen Beschlüssen irgendwelche Beachtung geschenkt. Schon kam in der kommunistischen Presse das Gefühl der Enttäuschung zum Ausdruck. Durch den Vorfall in Ludwigshafen hat er ein Relief bekommen, das er nicht verdiente. So arbeiten sich Unternehmertum und Kommunisten in die Hände. Die Arbeiterschaft muß die Lehre aus diesem Kampfe ziehen und Schluss mit den „Strategen“ Moskows machen.

Woll der Kommunist fehlte, wurden die Anträge der Rechtsen im Reichsausschuß des Reichstages auf Schaffung neuer strafrechtlicher Bestimmungen gegen die Störung von Versammlungen angenommen. Gegen sie stimmten die Sozialdemokraten. Der Kommunist Dr. Hergfeld nahm an den Beratungen nicht teil.

Bürgerliche Steuerpolitik.

Der Steuerauschuß des Reichstages beriet heute den Beschlüssen über die Änderung der Zwangsanleihe. In der Generaldiskussion begrüßte Genosse Herz die Initiative der Regierung auf diesem Gebiete, übte jedoch scharfe Kritik an ihrer Unzulänglichkeit. Er schlug vor, den Betrag der Zwangsanleihe festzusetzen in der Höhe aller bisher eingegangenen Beträge der im Steuerkompromiß neu eingeführten indirekten Steuer. Dieser Beschlusse wurde von den Abgg. Helferich (Dnat.) und Dr. Fischer (Köln) bekämpft.

In der Spezialberatung beantragte unsere Fraktion, den Fälligkeitstermin vom 28. Februar auf den 31. Dezember zu versetzen und die von diesem Termin an laufenden Erhöhungen des Zeichnungspreises von 10 auf 30 Proz. festzusetzen. Die bürgerlichen Parteien lehnten diesen Antrag ab. Der Demokrat Fischer-Köln legte dafür einen Antrag vor, der die im Juli und August erfolgten Einzahlungen auf Zwangsanleihe mit dem zweibiszu anderthalbfachen Wert auf die Zwangsanleihe anrechnen wollte. Das bedeutet, daß die parlamentarischen Vertreter der Leistungsfähigen alle Vorteile, die die Geldentwertung dem Beliebigem gewährt, noch vergrößern, alle Nachteile aber, die einzelne von ihnen durch die Geldentwertung erleiden können, völlig beiseite wälzen. Sie wollen also einen immer größeren Kreis von Interessenten an der Geldentwertung schaffen. Statt die zu bestrafen, die zum Schaden des Reiches die Geldentwertung ausnützen, befreien sie die, die ehrlich und sofort gezahlt haben, geben ihnen also dieselbe Vergünstigung wie denen, die auf den Sturz der Mark spekuliert haben. Den Lohn- und Gehaltsempfängern aber wollen sie keine Vergünstigung dafür geben, daß sie ihre Steuern reiflos in vollwertigem Gelde entrichten.

Die Debatte darüber wurde zu einer großen Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedern unserer Fraktion und den bürgerlichen Vertretern.

In der Abstimmung gelang es nur mit Hilfe eines Teils der Zentrumsabgeordneten, den Antrag Fischer zu Fall zu bringen. Selbst ein anderer Teil der Zentrumsfraktion stimmte für den Antrag Fischer.

Einen nicht minder heftigen Kampf führten unsere Genossen um einen Antrag, der die Bewertung der Wertpapiere für die Zwangsanleihe einigermassen ihrem wirklichen Werte anpassen wollte, während die Regierungsvorlage die Wertpapiere nur zu einem Fünftel ihres Wertes einzeln will. Der Antrag wurde indessen mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt, ferner lehnten die bürgerlichen Parteien ab, entsprechend dem Sinn des früheren Steuerkompromisses, die Höhe der Zwangsanleihe in der Höhe der indirekten Steuern festzusetzen, und schließlich lehnten sie eine Entschädigung ab, die Bewertungsvorschriften für die Besitzsteuern entsprechend der Geldentwertung zu gestalten.

Die Dezemberbezüge der Beamten.

In Ergänzung der im heutigen Morgenblatt veröffentlichten Reihung teilt uns der Soz. Parlamentsdienst noch mit: In den unteren und mittleren Gehaltsgruppen werden im Dezember gezahlt:

Gruppe	Anfangsgehalt	Nachzahlung	Endgehalt	Nachzahlung
Gruppe II	39 300	10 790	50 090	14 691
III	44 541	12 201	56 742	16 351
IV	47 874	13 114	60 988	17 596
V	53 631	14 691	68 322	19 505
VI	57 570	15 770	73 340	20 990

In den angegebenen Gehaltsstufen ist die Nachzahlung bereits eingerechnet. Die Bezüge verstehen sich für den letzten Gehaltsempfänger in der Klasse A. Die Zulagen gelangen noch vor Weihnachten zur Auszahlung.

Anklagereden im Harden-Prozess.

Im Sitzungssaal herrschte heute, wie immer vor dem Abgänger, so etwas wie eine gewisse Feierlichkeit. Je näher dem Urteil, desto stärker wird sich jeder Anwesende dessen bewußt, was auf dem Spiele steht.

Ruhvoll und leidenschaftlos ist die Rede des Oberstaatsanwalts. Treffend und zielicher jeder Soz. Schonungslos stellt er das widerliche Gebaren der Mörder bloß, zerstört in großen Zügen das Lügengewebe ihrer Aussagen, zieht den Verbindungsstrich zwischen allen politischen Worten der letzten Zeit und den politischen Kreisen, verfolgt ihre Fäden, die sich in Wünchen verlieren. Die rechtliche Analyse gipfelt in der selbstverständlichen Konstatierung des Mordverfuchs und der Anführung zu demselben.

Was der Staatsanwalt verurteilt hat, holte temperamentvoll und zündend der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Grünspach, nach.

samen Kampfmittel werden ausgeprobt. Drei Tropfen Gift — auf die Haut gebracht — genügen, einen Menschen sofort zu töten. Kann die Menschheit noch gerettet werden? Wenn ja, dann nur durch uns.

So bleibt alles nach Frage und Hoffnung. Allein das Ziel ist klar: Frieden auf Erden! Ein hohes Ziel, ein weites Weg, aber die Streiter sind besetzt vom Glauben an eine junge Sache.

Am Abend wurden Bräutigam und Braut zwischen jung und alt. Jugend sprach von ihrem Wollen, lang und tanzte, Arbeiterjugend trug starken Glauben in den großen Kreis.

Da lagerten wohl an die zweihundert auf der Bühne in materialreicher Rinde, und aus ihren Gruppen erhoben sich die Sänger und Tänzer und Sprecher. Da klang es stolz und frei von deutscher Jugend durch den Saal: „Hebt unsere Fahnen in den Wind!“ Dann sangen zwei holländische Arbeitermädler frohe Lieder, und der deutsche Arbeiterjunge wetteiferte mit seinem holländischen und flämischen Freunde im Rezitieren.

Schließlich wurde getanzt. Erst sprangen die deutschen Gäste nachfüßig über die Streiter, und dann tanzte Amsterdamer Arbeiterjugend. Jubelnder Freude gleich schlangen sich die Körper im Kreise, immer und immer wieder die Tausende unten im Saal in ihren Bann ziehend. Bis die Beige verstummte und die Tänzer in der Rinde verschwand.

Dazwischen fiel manches ernste Wort. J. H. Thomas-London, Th. Veipari-Berlin und C. Wertens-Belgien sprachen. „Was wir in diesen Tagen schaffen, schaffen wir im Vertrauen auf die Jugend. Wir glauben an die Zukunft, weil wir an die Jugend glauben.“ Veipari sprach, und hinter ihm und ringsum auf den Galerien sah Jugend, saßen junge Arbeiter und Arbeiterinnen aus Holland und Deutschland mit begeisterten gläubigen Herzen.

Am Ende sprechen die Jungen. Max Westphal für die Deutschen. Die Herzen schlagen schneller, denn hier spricht einer, der um die Schrecken des Krieges weiß und der um die Jugend weiß. „Wir werden unsere Leiber nicht wieder hergeben für den Massenmord.“ „Wir werden unseren Geist nicht wieder den Faschismustheorien des Nationalismus und der Völkerverehrung ausliefern.“ „Aber wir sind mit ganzem Herzen dabei, wenn die Arbeiterbewegung für den Frieden schafft.“ Jedesmal schlägt Beifall empor. Als er dann aber auf all die Jungen und Mädler hinter und um sich weist und den Delegierten zurnt: „Wir wollen keine Soldaten des Kapitalismus mehr sein, aber wenn ihr Soldaten braucht für den Weltfrieden, hier sind sie!“ da ist das letzte Es gesprochen. Noch einige Worte des Belgiers Jozouke, und dann bricht's los, mit unwiderstehlicher Kraft: „Wacht auf, Bräutchen dieser Erde.“ Stolz steht vor der Bühne inmitten der Jugend das rote Banner der Amsterdamer Genossen, es war in dieser Minute das Wahrzeichen der ganzen sozialistischen Jugendinternationale, die mit dieser Feier dem Kongress einen einzigartigen, unvergesslichen Klang vorangeführt hat.

„Mein Leopold“ in der Volksbühne. Der Volksbühne unerwartetem Rückschlag hat es gefallen, P'Arronges Volkstheater „Mein Leopold“ aus dem Ruhmesgrab heraufzuholen, in dem

Schritt für Schritt weist er an Hand der Briefe und Telegramme die wahren Absichten der Angeklagten nach, die Hammerklänge folgen Wort auf Wort, es werden die Dinge beim rechten Namen genannt. Die Tat erscheint wie in bengalischer Beleuchtung. Der Angeklagte Grenz ist ganz Ohr. Das zeigt seine wahre Natur. Mit eigenem gering vorgehobenem Sinn, zusammengepreßten Zähnen, zusammengezogenen Brauen sitzt er da. Er schüttelt wehmütig den Kopf, als Dr. Grünspach ihm das harte und gerechte Wort ins Gesicht schleudert, daß einem die Schamröte aufsteige, daß man solche Volksgenossen habe. Weichardt ist ebenso puterrot wie gestern.

Veränderungen in der Reichswehr.

Mit dem 1. Januar 1923 treten, wie die B.Z. erfahren, in den führenden Stellen der Reichswehr folgende Veränderungen ein:

Der General der Artillerie von Zerendi, bisher Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos II in Cassel, wird zum Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos I in Berlin ernannt. An seine Stelle übernimmt der General der Infanterie Richard von Röhl, bisher Kommandeur der 7. (bayerischen) Division in München, das Gruppenkommando II in Cassel. Gleichzeitig wird General von Röhl seines Postens als Landeskommandant in Bayern entlassen. An seine Stelle wird General von Lossow, bisher Leiter der Infanterieschule in München, Kommandeur der Münchener Division und gleichzeitig Landeskommandant in Bayern.

Der Weltfriedenskongress.

Haag, 14. Dezember. (B.Z.) Der Vertreter J. H. Thomas eröffnete die Vormittagsitzung des Weltfriedenskongresses mit der Mitteilung, daß der Kongress morgen Kommissionen bilden werde, um die eingebrachten Resolutionen zu beraten. Außerdem soll eine besondere Kommission die Erörterung der Lage in Deutschland vornehmen. Professor Dillet-Belgien von der Vereinigung internationaler Verbände brachte eine Resolution ein, die besagt, daß die Vertreter der Wissenschaft ihren Einfluß bei der Erörterung des Pazifismus gebrauchten sollten. Fräulein Bondfield-England führte aus, die Frauen müßten für die Friedensbewegung gewonnen werden, schon weil sie es seien, die den kleinen Kindern bei der Erziehung der ersten und oft entscheidenden Eindruck beibrächten. Der Vertreter der nationalen Genossenschaftsverbände Poisson-Frankreich sprach über die bisherige Friedensarbeit der Genossenschaften. Seine Freunde seien für einen reorganisierten Völkerverbund.

Kostjain-Rußland erklärte, die Kriegsmoralität, die noch in Europa herrsche, gehe aus den an Deutschland gestellten Forderungen hervor. Das einzige Mittel, die in der Resolution ausgesprochenen Wünsche zu verwirklichen, sei die Herstellung der internationalen Einheitsfront der Arbeiter. Die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie solle eingestellt und

vom 8. bis 15. Januar eine Propagandawoche

mit anschließendem Propagandastreik veranstaltet werden. Genosse Abramowitsch von der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands wandte sich scharf gegen Kofel. Die Bolschewisten meinten es nicht ehrlich mit ihren Vorschlägen, sie beabsichtigten nur die Einheitsfront der Arbeiter von innen heraus zu sprengen. Genosse Grumbach-Frankreich sprach namens der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs ebenfalls gegen die Bolschewisten.

In der Nachmittagsitzung brachte Frau Dr. Helene Stöcker namens des Deutschen Friedensartells, das 16 pazifistische Vereinigungen umfaßt, eine Resolution ein, in der es zur Bildung der Gewerkschaften und der pazifistischen Vereinigungen aller Länder gemacht wird, im Falle des Erlasses eines Mobilisierungsbefehls irgend-einer Regierung gegen einen anderen Staat

auf jeden Fall den Generalstreik zu proklamieren

und fortzusetzen, bis die betreffende Regierung den Mobilisierungsbefehl zurückgezogen habe. Zu diesem Zwecke müßten unverzüglich Vorbereitungen getroffen werden durch Einsetzung von Kommissionen unter internationaler Kontrolle.

Genosse Wibaut-Holland bemerkte, eine Hauptursache des Krieges sei der Streit um den Besitz von Rohstoffen, deren die Länder bedürfen. Die niederländische Delegation schlug daher vor,

internationale Kontrollkommissionen

einzusetzen, um die Erzeugung und Verteilung von Rohstoffen unter den verschiedenen Nationen zu beaufsichtigen. Graf Rehler (Deutsche Friedensgesellschaft) stimmte dem Gedanken des allgemeinen Generalstreiks vorbehaltlos zu. Die Vorbereitung des Generalstreiks würde gleichzeitig die beste Erziehung der Massen für den Friedensgedanken bilden. Die Verteilung der Rohstoffe, die Wibaut vorgeschlagen habe, würde vielleicht am besten der Völkerverbund erreichen.

Rustakt im Haag.

Von E. Dillenauer.

Zwischen der stillen, vornehmen holländischen Stadt an der Nordsee und der Friedenssehnsucht der Menschen haben historische Ereignisse Verbindungen geschaffen, die auch heute immer noch wieder in uns anklingen. Vor dem großen Weltbrand haben hier Diplomaten über den Frieden beraten, man hat dem Frieden in dieser schönen Stadt einen Palast errichtet; aber dieses Haus des Friedens blieb tot und leer, als im August 1914 die ersten Kanonen ihre Mäuler gegen blühende Menschenleiber richteten.

Zwischen dem heute und jener Stunde, da das Unheil uns zu grauamer Gewissheit wurde, liegen die langen Jahre des unendlichen Leids der gesamten Menschheit. Millionen Wunden bluten, Millionen Menschen sinken noch heute — vier Jahre nach dem sogenannten Waffenstillstand — als Opfer des Wahnsinns ins Grab. Die Wirtschaft der Welt ist ein Chaos, Völker liegen im Elend. Die Beute des Völkervertrags ist riesengroß.

Da werden wieder Haag und Weltfrieden in einem Atemzug genannt. Sind's neue wichtige Versuche, den Krieg zu bannen, oder löste das Grauen neue Kräfte, stark genug, die große Sehnsucht der Menschheit zu erfüllen? Seit Sonnabend sammeln sich im Haag Freunde des Friedens, nicht Vertreter der Regierungen, sondern Vertreter der Völker. Weltfriedenskongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Arbeiter haben den Ruf nach Frieden erhoben, und hier sammeln sich die berufenen Vertreter, um diesem Willen zum Frieden Richtung und Ziel zu weisen.

Im großen Saal des Tiergartens war Sonntag mittag feierliche Eröffnung. Während draußen die Haager Arbeiterschaft in endlosem Zuge vorbeimarschierte, die ausländischen Gäste zu grüßen, eröffnete drinnen J. H. Thomas, der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die imposante Versammlung. 600 Delegierte aus 24 Nationen vertraten 40 Millionen Menschen. Eine gewaltige Armee des Friedens. Von der Bühne schwingen die Klänge der Internationale durch den Saal, und unten wird's vielsprachig aufgenommen: Die Internationale wird die Menschheit sein.

Stenhuys spricht für den Niederländischen Gewerkschaftsbund. Ein einziger herzlicher Gruß. Dann steht Troelstra hinter dem Rednerpult. Anhaltender Beifall begrüßt den alten Führer der sozialdemokratischen Bewegung. Er sagt einiges über den Kongress. Warum er hier stattfindet und was er schaffen sollte. Hollands Neutralität während des Krieges, der antimilitaristische Geist seines Volkes, eine Folge der Unmöglichkeit, das Land militärisch zu verteidigen, sind ihm die Gründe für die Wahl des Kongressortes. Die holländische Sozialdemokratie fordert Abrüstung in Holland aus nationalen und internationalen Interessen. „Wir kennen auch nur eine Allianz die Allianz des Proletariats.“ Dann spricht der Präsident des Kongresses J. H. Thomas a. S. Der englische Gewerkschaftsführer spricht ruhig, überlegt, beinahe jedes Wort abwägend und zwingt bald das ganze Haus in seinen Bann. 35 Millionen zu beklagende Menschenleben haben machend neben diesem Beginn, die Kräfte des Friedens zu sammeln. Die Gefahr ist groß. Eine Million Menschen leben heute mehr unter den Waffen als 1914. Graus-

es in wohlverdienter Ruhe selig schlummerte, nachdem es jahrzehntelang ungezähle Tränen der Nührung entseht hat. Als „Mein Leopold“ inszeniert war, fiel es offenbar irgendjemand ein, daß das Theater eine Kulturaufgabe zu erfüllen hat. Es soll nicht dem oberflächlichen Geschmack nachgeben, sondern den Weg zu echter Kunst bereiten. Da das Stück nun einmal stand, half man sich mit einem probaten Mittel. Im Programm wurde offiziell um Entschädigung gebeten. Da stand auch drin: „Auch der alte Kaiser Wilhelm hat „Mein Leopold“ mit lebhafter Freude gesehen.“ Na, dann ist ja alles gut. Wenn es einem Hohenzollern gefallen hat, wird es für die Volksbühnenmitglieder schon recht sein. Die Ausführung selbst konnte sich sehen lassen. Herrmann Krehan hatte Zilleke Bühnenbilder geschaffen, die das Berlin der Gründerjahre lebendig werden ließen. Was an dem Stück überlebt ist, machten die Schauspieler durch lebenswarme Gestaltung vergessen. Ein erstaunlich edler Mann aus dem Volk war Kayser. Sein vierstündiger, in allen Bewegungen kanischer Werkführer Starke, eine Personifizierung der Piederkeit, war ein Kunstgenuß. Otrud-Uebing stellte — eine ganze kleine Rolle — einen kranken verzeihen, schnupstigen Bocksch hin. Guido Herzfeld (Weigelt) hätte etwas weniger harmonant sein dürfen, wie überhaupt der Regisseur Heinz Hilpert die dialektologische Rührseligkeit hätte dämpfen müssen. Das Publikum, von Schülchen durchschüttelt, bereitete der Aufführung begeisterte Aufnahme. Es glaubte ein Stück Leben zu sehen, aber es war nur Tolmi-Erlebnis. E. D.—r.

Musik-Chauvinismus. Während die Musiker aller Länder sich gerade zummenschießen, um in internationaler Austausch prominenter Werke und Künstler den längst abgeschlossenen Kunstfrieden auch äußerlich zu betonen, kommt aus München die Nachricht, daß man Henri Marteau am Geigen gebindert habe. Dieser weltberühmte Musiker lebt seit fast einem Vierteljahrhundert in der Schweiz, war mehrere Jahre Leiter der Berliner Musikhochschule als Nachfolger Joachims und legte zu Beginn des Krieges sein Amt nieder, nachdem sich alle gegen ihn vorgebrachten Verdächtigungen — er ist französischer Abstammung und Offizier der Ehrenlegion — als haltlos erwiesen hatten. Gewiß gehörte Marteau in der Hitze des Weltkrieges nicht auf einen so exponierten Posten innerhalb Deutschlands. Aber seine Kunst gehört der Welt, und mit seinem Spiel hätte er wohl auch Münchener Diabödel zu Schönenem als zu einem nationalistischen Sturm bewegen können. Die Herren aus München und Wiesbaden wundern sich sicher und sind empört, daß man einen Reichardt nicht in Paris Theater machen läßt. Sie haben das beste Beispiel, wie man in Unduldsamkeit und chronischer Befangenheit die Kunst immer noch fesseln will. Wenn es jetzt einem Münchener Künstler passieren sollte, daß man den Volkstheater in Paris oder London vom Podium jagt, so wird er wissen, welcher seiner Dankesleute er dieses Flaco verdankt. Wer unter Wilhelm II. ein königliches Institut leitete, wird im reaktionären München als Feind und lästiger Ausländer behandelt! Es ist schwer, keine Satire zu schreiben.

Heber Tolstojewski und die Gegenwart. In der 17. Nummer des 11/2. Heft Ditts Haus in der Gewerkschaftsbibliothek, Ausgabe Nr. 54/55.

Die Bärenstube.

In einem der ruhigen Viertel Potsdams hat sich in einem ehemaligen Blattsaal eine bisher in der ehemaligen Havelregion noch nicht vorhandene Arbeitsstätte aufgetan. Kommt man hinein, so türmt sich einem ein hoher Berg von Holzwole entgegen. Und um diese Berge noch feuchter harter Holzwole sitzen Frauen und wühlen mit zarten Händen in dem rauhen Material. Jetzt stopfen sie nach gleitendem Tarif von früh bis nachmittags plumpe läppische Leddhären für den Export. Es ist hier eine Filiale der Doberaner Spielzeugfabrik. In Doberan in Mecklenburg, der ehemaligen großherzoglichen Sommerresidenz und altberühmten Badestadt, werden die Filze modelliert. Den Bären werden dort sozusagen die Felle verpaßt. Auch Elefanten, Hunde und andere Tiere werden in dem Ofenbad aus Filz hergestellt. In Potsdam werden nur Leddhären gearbeitet. Die Nachfrage ist groß. Jede Arbeiterin ist gewissermaßen Spezialistin für irgendeinen Bärenfortschritt. Einen ganzen Leddy bringt selten eine zustande. Die Geschickteste stopft den Kopf. Dieser wird nicht bloß gestopft, sondern es wird ihm auch Ausdruck eingeblasen, wie sie hier in der Bärenstube sagen. Auf die Augenstellung und auf die Schnauze kommt es besonders an. Läppisch, nämlich muß alles sein. Der kleinste Bär kostet 1620 Mark, der größte, allerdings auf Rädern und regelrecht mit Feder verfehlt, 95 000 Mark. Nur die Kinder der neuen Reichen werden die Leddys ihr eigen nennen dürfen. Als eine Arbeitsmöglichkeit für Frauen und Mädchen, die einst bessere Tage sahen, ist die Bärenstube gedacht. Es wird häufig gearbeitet. Der Leddy muß schnell abgehoben werden, denn er scheint Konkurrenz zu bekommen. Der letzte Schrei auf dem Spielzeugmarkt werden die „Kämpfenden Hähne“ sein. Schon jetzt wird daran gearbeitet und das Ausland gibt für Weihnachten 1923 bereits große Aufträge. Auch die „Kämpfenden Hähne“ werden demnächst in Potsdam in Arbeit gegeben werden.

Es mag diesen zarten aristokratischen Dämonen gewiß schwer fallen, hier eine sehr einfache Arbeit tun zu müssen, es wird ihnen doppelt schwer fallen bei dem Gedanken, daß zu derselben Zeit, wo sie ihre Finger pflegen müssen, unzählige Schieber- und Progenweiber sich läßem Nichtstun hingeben können. Aber es ist doch ehrliebe Arbeit, die sie tun, Arbeit, die der Volkswirtschaft nützt, und vielleicht befähigt sie dieser Gedanke doch ein wenig.

Diebstahl im Kaiser-Friedrich-Museum.

Kostbare ausländische Kunstwerke entwendet.

Ein großer Diebstahl ist im Kaiser-Friedrich-Museum verübt worden. Museumsdiebstähle sind, wie wir wiederholt berichtet haben, in der letzten Zeit eine stark betriebene Spezialität. Gerade der „Vorwärts“ ist es gewesen, der wiederholt eindringlich auf die Notwendigkeit eines erhöhten Schutzes des nationalen Kunstgutes hingewiesen hat. Niemals aber ist bisher aus den Schreibstufen des Ministeriums Boelck, das für die Kunstgüter verantwortlich bleibt, eine Kundgebung gekommen, aus der die Öffentlichkeit entnehmen dürfte, daß das Möglichste getan worden ist, um das auch materiell außerordentlich wertvolle staatliche Kunstgut hinreichend zu schützen. Nun ist das Kaiser-Friedrich-Museum erneut von einem außerordentlich empfindlichen Verlust betroffen worden, der hoffentlich Einhalt ist, daß sich nunmehr das preussische Parlament mit diesen Dingen beschäftigt.

Im Kaiser-Friedrich-Museum ist es bisher unbekanntes Dieben gelungen, alle silberne und goldene Kunstgegenstände von bedeutendem Werte zu entwenden. Der starke Besuch, der die Ueberwachung erschwert, mag ihnen hier die Ausführung ihres Planes erleichtert haben. Die Sachen befanden sich in der islamischen Abteilung in Büchsen, die sie mit Gewalt öffneten. Gestohlen wurden ein unvollständiges 4 mal 5 Zentimeter großes Filzstück eines langschwänzigen Königs, das zum Teil verguldet ist, eine große Silberhülle, außen in Relief mit Menschenfiguren in Kontinentalstil, stark abergerichtet, ursprünglich verguldet gewesen, 5 mal 12 1/2 Zentimeter groß, eine Silberhülle mit geschnittener und gravierter Oberfläche und Seetierchen aus dem dritten und sechsten Jahrhundert, eine würfelförmige Perle aus Gold mit Ammandinen (Edesteinen), einen Rundbeslag einer Schwerfische aus Gold mit Ammandinen, ein halbmondförmiger Pierbeslag aus Gold mit Ammandinen, Hängeziersatz aus Gold mit Ammandinen und blauer Emaille nebst einer Perle auf grünem Glasfuß, eine Schale aus massivem Gold mit Ammandinen, ein Anhänger aus massivem Gold, alles 8 mal 8 Zentimeter groß. Von den unbedenkten Tälern fehlt jede Spur. Kriminalkommissar Treitin, der mit der Aufklärung des Diebstahls betraut ist, und sofort Ermittlungen an Ort und Stelle ausgesandt hat, nimmt Angaben über den Austausch und den Verbleib des gestohlenen Gutes entgegen.

Der Verhaftete richtet sich auf Ausländer und infolgedessen sind alle Grenzposten und die Antiquitätenhändler genau unterrichtet worden. Auch im Völkermuseum und im Ägyptischen Museum sind in der letzten Zeit Einbruchversuche gemacht worden, und das Kaiser-Friedrich-Museum selbst ist in den letzten Wochen wiederholt durch kleinere Diebstähle heimlich betroffen worden. Um so dringender und lauter muß jetzt der Ruf nach sofortigem ausreichendem Schutz ertönen.

Die Berechnung der Müllabfuhrkosten.

Der Stadtschulrat teilt mit: Bei der Bezahlung der Kobemrechnung an die Müllabfuhr-Aktiengesellschaft in Berlin C. 2, Kurze 1, und bei Umlegung der Müllabfuhrkosten auf die Mieter sind dadurch Schwierigkeiten entstanden, daß die Rechnungen der Gesellschaft keine Einzelangaben über die tatsächliche Leistung, sondern nur eine Pauschsumme enthalten. Diese Pauschsumme wird folgendermaßen erklärt: Die Gesellschaft erhebt für den Monat November die Kosten bei einmaliger wöchentlich Entleerung einen Preis von 1750 M. Der Rechnungsbetrag ist daher durch diese Summe zu dividieren, um die tatsächliche Leistung der Gesellschaft, das heißt die Zahl der tatsächlich entleerten Kästen zu erhalten. Von dem gesamten Rechnungsbetrag können nach den gesetzlichen Bestimmungen für den Monat November bis zu 400 Proz. auf die Mieter umgelegt werden.

Vorsicht beim Gold- und Juwelenverkauf.

Um den Mißständen abzuwehren, die sich bei den Ankaufsstellen für Gold, Silber und Edelsteine ergeben haben, wird geplant, nach Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Juwelenhandels und der Gold- und Silber verarbeitenden Industrie mit den Behörden durch den alleingetragenen Juwelenhändler Ankaufsstellen für Schmuckstücke usw. einzurichten, wobei Schatz vor Ueberbeteiligungen geboten werden soll. Da zu hoffen steht, daß diese Bestimmungen bald zu einem greifbaren Ergebnis führen, werden Verkäufer von Schmuckstücken gut tun, zurzeit mit dem Verkauf zurückzuhalten, damit sie nicht in Unkenntnis des wahren Wertes um erhebliche Teile ihres Vermögens geschädigt werden.

„Schwarzheiraten“ der Schutzpolizeibeamten.

Nach dem Schutzpolizeibeamtengesetz dürfen Schutzpolizeibeamte erst dann heiraten, wenn sie ein Gesamtaltersalter von sieben Jahren und ein Lebensalter von 27 Jahren erreicht haben. Ausnahmsweise kann in einzelnen Fällen die Erlaubnis zu früherer Heirat erteilt werden. Es müssen dann ganz besondere wirtschaftliche oder familiäre Gründe vorliegen. Zahlreiche Postgebühren wollten nun solche Beamte, die vor Inkrafttreten des genannten Gesetzes ohne Erlaubnis ihrer Behörde „schwarz“ geheiratet haben, entlassen. Das waren aber

wiegend sehr tüchtige Beamte mit einer Dienstzeit von zehn und mehr Jahren. Der preussische Minister des Innern hat hierzu jetzt verfügt, daß alle solche Fälle mit Wohlwollen zu behandeln sind. Selbst da, wo aus ganz besonderen Gründen die Entlassung angebracht erscheinen könnte, ist zuvor die Entscheidung des Ministers einzuholen. Wird in Zukunft „schwarz“ geheiratet, so ist Entlassung zu erwarten.

Prozeß Klante.

Konkursfähigkeit bereits am 28. Mai 1921.

Sehr interessant gestaltete sich heute die Vernehmung des Buchverlegers Klante, der mit dem Referendar Dr. Reichenbach zusammen Berater Klantes gewesen ist, und der Einblicke in den Geschäftsbetrieb Klantes gab.

Eine korrekte Buchführung war nicht vorhanden. Der Zeuge sollte die Bücher einrichten. Einzahlungen waren teils eingetragen, teils auf Zeilen notiert. Für die großen Ausgaben waren keine Unterlagen vorhanden. Sie müßten für die Zeit von September bis Ende März nach dem Gedächtnis des Herrn Klante rekonstruiert werden. Der 28. Mai war der kritische Tag für Klante. Da war er schon konkursfähig, denn er war nicht imstande, die Zahlungen zu leisten. An diesem Tage waren zwanzig Millionen auszugeben. Verschiedene Vertreter hatten gebeten, für die Auszahlung Sorge zu tragen, damit die Leute nicht mißtrauisch würden, da inzwischen Röhren und Röhren ihre Konzerne aufgeben hatten und 100 Proz. anboten. In Karlsruhe waren vier Millionen auszugeben. Am 27. Mai gab Klante dem Kassierer 300 000 Mark, die im Ru wegwaren. Er ließ noch 50 000 Mark und fuhr mit 4 Millionen Mark nach Dresden, wo 11 Millionen fällig waren. Am Sonnabend, den 28. Mai, standen schon früh um 9 Uhr Hunderte vor der Tür, die ihr Geld verlangten. Die 50 000 Mark waren natürlich wie nichts weg. Am Montag brachte Klante Geld mit. Die Auszahlungen wurden allmählich gemacht und das schwankende Vertrauen wieder befestigt. Die Einzahlungen gingen weiter. Aus ihnen wurden in der Hauptsache die Auszahlungen gemacht. Klante sagte zu mir und Dr. Reichenbach: „Meine Herren, Sie haben mich schlecht beraten. Wenn ich Ihnen Rat gefolgt wäre, dann könnte ich meinen Boden schließen. Ich habe früher ohne Sie gearbeitet und werde auch weiter ohne Sie arbeiten. Der Zeuge hat dann Klante zwei Briefe geschrieben, in denen er ihn unter genauer Aufstellung der Zahlen nachrechnet, daß das Unternehmen nicht zahlungsfähig sei und Klante schon am 28. Mai verpflichtet gewesen wäre, Konkurs anzumelden. Der Angeklagte Klante trat in sehr lebhafter und teilweise erregter Weise dem Zeugen, an den auch die Verteidiger zahlreiche Fragen richteten, entgegen.

Die Frage der Unterbrechung des Schulunterrichts und des Schulbeginns um 9 Uhr bleiben einstweilen in der Schwebe. Der Oberpräsident hat die endgültige Entscheidung darüber ausgesagt und noch weiteres Material über die Berliner Finanzlage verlangt. Bis dahin verbleibt es bei dem bekanntgegebenen Schulschluß am 21. Dezember und bei dem bisherigen täglichen Schulbeginn. Ueber die Verlängerung der Weihnachtsferien wird in nächster Woche entschieden werden.

Für die Volkshochschule bewilligte der städtische Etatsauschuß heute weitere 150 000 Mark.

Lebensversicherung deutscher Lehrer. Zu dem von uns in Nr. 570 vom 8. Dezember gedruckten Bericht über die Beratungen bei der Lebensversicherung deutscher Lehrer teilt uns die Geschäftsleitung der Gesellschaft mit, daß die unterliegende Summe in voller Höhe an sie zurückgezahlt und daß sie auch wegen der aufgelaufenen Zinsen und aller Kosten befriedigt worden ist.

Eine Ausstellung von guten Büchern findet auf Veranlassung des Vereins Sozialistischer Arbeiter-Jugend Groß-Berlin in der Zeit vom 14. bis 22. Dezember im Jugendheim Osten, Gemeindeschule Hohenschloßstr. 10, von 6 bis 8 Uhr statt.

Im Schönberger Rathaus herrscht acht Tage lang Freude und Heiterkeit und anmergende Stimmung: heitere Vorträge, heitere Bieder, Promenadenkonzerte, Tänze, Weihnachtsfeier alle Tage. Vor dem Portal Luxusautomobile. In den luxuriösen Räumen luxuriöse Frauen und Mädchen, Herren mit Monokel und E. R. I. Gestern abend ein Künstlerkonzert mit Professor Heinrich Grünfeld, Kammerorganist Fritz Soot und Kammerorganistin Renate Kurt, Martha Kennert und Arnold Ried. Alles „zum Besten unserer Kriegsbeschädigten“. Also Wohlthätigkeit. Immerhin, Kriegsbeschädigte können nicht danach fragen, woher das Geld für sie kommt und die bürgerliche Gesellschaft ist heute dieselbe wie vor dem Kriege. Künstlerisch gab es einen reinen, edlen Klang. Großer Dank gebührt den Künstlern, die ihr Können um der Sache selbst willen bereitstellten. Möge doch auch Meister Grünfelds Zaubergerinne einmal all den vielen Kriegsbeschädigten und den Tausenden ertönen, die so bitter unter Leibes- und Seelennot leiden müssen.

Der Meinesche Männerchor Berlin 1900 veranstaltet am Sonntag, 17. Dezember, nachm. 3/4 Uhr, im Stadthaus Köpenick 47-59 ein Konzert unter Mitwirkung der Sängerin zur Kunst Helene Eubert. Eintrittskarten 40 M. Der gesamte Ueberfluß wird verwandt zur Weihnachtsfeier der Waisen im Kaiserhaus Hummelburg.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise etwas auflockernd, jedoch überwiegend trübe mit leichten Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

22. Abt. Steglitz. Donnerstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Sitzung des proletarischen Kulturkreises im Gymnasium, Herbst 5. Referent: Gen. Dr. Krich. Alle Parteimitglieder und Mitglieder des Bildungsausschusses sind eingeladen.

Devisenkurse.

	14. Dezember	13. Dezember
	Käufer (Reib-) Kurs	Käufer (Reib-) Kurs
1 holländischer Gulden	8117.18	8182.82
1 argentinischer Papier-Peso	2892.75	2907.25
1 belgischer Franc	498.75	501.25
1 norwegische Krone	1406.82	1473.68
1 dänische Krone	1620.98	1639.07
1 schwedische Krone	2082.28	2092.72
1 finnische Mark	189.52	190.48
1 japanischer Yen	3690.76	3709.25
1 italienische Lire	384.03	385.97
1 Pfund Sterling	36159.87	36340.63
1 Dollar	7635.81	7694.19
1 französischer Franc	548.63	548.37
1 brasilianischer Milreis	897.76	902.25
1 Schweizer Franc	1441.88	1448.02
1 spanischer Peseta	1189.51	1195.49
100 österr. Kronen (abgeschl.)	—	11.47
1 tschechische Krone	60.84	61.10
1 ungarische Krone	—	3.51
1 bulgarischer Leva	—	62.84
1 jugoslawischer Dinar	—	99.75

Gewerkschaftsbewegung

Der erweiterte Beirat des Metallarbeiterverbandes.

Am 7. und 8. Dezember hielt der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Sitzung in Stuttgart ab. Nach ausführlicher Erörterung der wirtschaftlichen Lage im Zusammenhang mit den Lohnverhältnissen, der Frage der Produktionssteigerung und des Achtstundentages folgte er einstimmig folgende Entscheidung:

Der erweiterte Beirat des DMB begrüßt die kürzlich veröffentlichte Entschließung der Reichstagsfraktion der SPD., die eine aktive Währungspolitik fordert, betriebliche und wirtschaftsorganisatorische Fortschritte als Voraussetzung einer Produktionssteigerung verlangt und die Befreiung des Achtstundentages mit aller Schärfe ablehnt.

Der erweiterte Beirat weist alle Verbandsmitglieder auf den Ernst der gegenwärtigen Lage hin. Die wirtschaftliche und körperliche Verelendung schreitet fort; Unternehmer und bürgerliche Parteien aber verlangen trotzdem in immer stärkerem Maße eine verlängerte Arbeitszeit. Diesem unverantwortlichen Treiben gegenüber ist es die Pflicht der gesamten Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, jeden Angriff auf den Achtstundentag entschieden abzuwehren.

Der erweiterte Beirat begrüßt die Kundgebungen der Kollegen im Lande, den Achtstundentag mit allen Mitteln zu verteidigen und versichert auch seinerseits unverrückliches Festhalten und schärfste Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag. Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken auf diesen und allen anderen gewerkschaftlichen Gebieten ist unbedingt Festhalten an der Organisation und peinlichste Beachtung aller gewerkschaftlichen Grundzüge.

Ferner beschloß der erweiterte Beirat, angesichts des gesunkenen Geldwerts und der immer größer gewordenen Verelendung der Lohnverhältnisse, den wöchentlichen Verbandsbeitrag vom 1. Januar 1923 an in Höhe des Stundenverdienstes festzusetzen und die Unterstützungsfähigkeit dementsprechend zu erhöhen.

Zum Streik in Ludwigshafen.

Vom Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands wird uns geschrieben:

Der Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen wird von der kommunistischen Presse dazu benutzt, eine nicht zu überbietende Hege gegen die Gewerkschaften zu inszenieren. Lügen und nochmal Lügen müssen dazu dienen, um Verwirrung in die Reihen der in Betracht kommenden Arbeiterschaft zu tragen. So wird in der „Roten Fahne“ berichtet, daß am Sonnabend die Vertreter der Hauptvorstände des Fabrikarbeiter- und des Metallarbeiterverbandes beschlossen hätten, ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Der Hauptvorstand oben genannten Verbandes erklärt, daß am Sonnabend keine Sitzung der Vertreter der Hauptvorstände der beiden Verbände stattgefunden hat und daß die Roten „Fahne“ eine aus den Fingern geflogene Lüge ist. Der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes ist weder gewillt, noch aus Grund der Verbandsstatuten sowie der Richtlinien des DGB, nicht beauftragt, für einen Streik irgendwelche Mittel zur Verfügung zu stellen. Alle entgegenstehenden Meldungen sind nur darauf berechnet, der Öffentlichkeit glauben zu machen, als ob die Gewerkschaften sich unter das laudimische Joch der kommunistischen Partei begeben hätten.

Der Streik der Berliner Mafschuhmacher breudet.

Der Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin, schreibt uns:

Am Dienstag fanden Einigungsverhandlungen beim Demobilisierungskommissar statt, die zu einem Vergleich geführt haben. Die Versammlung der Streikenden am Mittwoch hat dem Vergleich zugestimmt und beschloßen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. Die nun festgelegten Mindestlöhne betragen für männliche Zeitarbeiter und als Affordabasis für neue Arbeiter für die Zeit vom 27. November bis 3. Dezember 240 M., vom 4. bis 10. Dezember 280 M., vom 11. bis 24. Dezember 330 M. und vom 25. bis 31. Dezember 350 M. pro Stunde. Die weiblichen Zeitarbeiter erhalten jeweils 15 M. pro Stunde weniger, die Affordabasis für Reparaturen beträgt jeweils 22 M. pro Stunde weniger.

Diese Vereinbarung weicht für die Zeit vom 4. bis 24. Dezember vom Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin ab. Diejenigen Betriebe, welche den Schiedsspruch bereits anerkannt haben, sind verpflichtet, ihre Arbeiter gemäß den Sätzen des Schiedsspruches zu entlohnen. Die Kollegen, welche im Streik standen, werden ersucht, ihre Streikkarten sofort an ihren Vertrauensmann abzugeben. Die Auszahlung der Streikunterstützung findet am Dienstag, den 19. Dezember, abends zwischen 5 bis 8 Uhr bei Rathmann, Wilhelmstr. 118, statt.

Berufsvertretung der Arbeitnehmer im Handwerk.

Der Reichswirtschaftsrat stimmte dem Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung betreffend den Deutschen Handwerks- und Gewerbetag zu, als einer Notstandsmaßnahme bis zum Erlaß eines endgültigen Gesetzes über die Berufsorganisation des Handwerks, die bis jetzt bekanntlich nur einseitig für die Arbeitgeber besteht, mit einer Berufsvertretung als Gegenpart.

Bei dieser Gelegenheit kündigte ein Regierungsvertreter an, daß er noch in diesem Winter ein endgültiges Handwerksgesetz einbringen werde. — Wir hören die Botschaft und halten es an der Zeit, daß ihr die Tat folgt.

Der Betriebsrat darf nicht entlassen werden.

Eine prinzipiell interessante Verhandlung fand am 9. Dezember vor dem Gewerbegericht Berlin statt. Der Betriebsrat Wanner hatte die Firma Dr. Seibt auf Zahlung einer Entschädigung verklagt, da er als Betriebsrat unrechtmäßig entlassen worden sei.

Wanner war im März 1920 zum Betriebsrat gewählt worden. Einige Monate später hat die Firma wegen Arbeitsmangels die Hälfte der Belegschaft entlassen und wollte damit auch einige Mitglieder des Betriebsrates entlassen, so daß nur die geschäftliche Belegschaft für die zurückbleibenden 80 Arbeiter übrig blieb. In der Verhandlung gab der Betriebsleiter an, daß Wanner damals gegen seine Entlassung nicht protestiert habe. Die Firma habe sich vor der Entlassung mit dem Gesamtbetriebsrat in Verbindung gesetzt, und der Betriebsrat habe sich damals mit der Entlassung Wanners und einiger anderer einverstanden erklärt. Die Firma legte eine Bescheinigung des Demobilisierungskommissars vor, der seinerzeit die Kündigung der 80 Arbeiter gestattet hatte. Der Betriebsratsobmann Mathis sagte aus, Wanner sei als Betriebsrat vom März 1920 bis zum März 1921 gewählt worden. Während der Amtsperiode sei eine Kündigung des Betriebsrats unzulässig gewesen, und der Betriebsrat habe nachdem die Wiedereinstellung des Entlassenen gefordert. Der Vertreter der Firma meinte, daß, nachdem die Hälfte der Arbeiterschaft entlassen sei, für einen so großen Betriebsrat gar kein Platz mehr gewesen sei, sondern auch eine Verkürzung des Betriebsrats hätte eintreten müssen. (Als ob das Betriebsratsmitglied nicht als Arbeiter eingestellt war und unter 80 Arbeitern keinen Platz mehr gehabt hätte! D. R.) Das Gericht verurteilte die beklagte Firma Dr. Seibt, dem entlassenen Betriebsrat eine Entschädigung in Höhe von 3000 M. zu zahlen, da die Entlassung Wanners zu Unrecht erfolgt sei.

Einheitsorganisation der Ungelernten in England.

Schon lange hatte man die Gründung einer großen Gewerkschaft der ungelerten Arbeiter in England ins Auge gefaßt. Der erste Schritt dazu war der Plan eines Zusammenschlusses des „Nationalen Bundes der ungelerten Arbeiter“ (National Union of General Workers), der Organisation der Gemeindefabrikanten (Municipal Employers' Association) und des Nationalen Vereinigten Arbeiterbundes (National Amalgamated Union of Labour).

Diese Fusion ist nun gesichert, nachdem vorher unter den Mitgliedern der drei Organisationen eine Abstimmung stattgefunden hatte, die eine starke Mehrheit für den Zusammenschluß ergab.

Die neue Organisation umfaßt mehr als eine halbe Million Mitglieder. Der „Daily Herald“ vom 30. November 1922 macht einige Angaben über die Gründung der neuen Organisation:

Die Oberleitung wird ein in bestimmten Zeitabständen zusammen tretender Kongreß sein. Die laufenden Arbeiten werden von einem aus je zwei Vertretern jedes Distriktes zusammengesetzten Generalkomitee besorgt werden.

Verschiedene Funktionen werden von Komitees besorgt werden, d. h. von der Nationalen Exekutive bis hinunter zu den Distriktskomitees mit Unterstützung der Gruppenleiter und anderer Beamten.

Es wurde ein einheitlicher Beitrag von 6 d. (ein halber Schilling, nach dem gegenwärtigen Wechselkurs 950 Papiermark) pro Woche,

für Frauen und Jugendliche die Hälfte, festgesetzt. Auch im Zusammenhang mit den Fragen der Streikunterstützung, der Bezahlung von Unterstützungen bei Aussperrungen, Maßregelungen, Erwerbsunfähigkeit sowie in Todesfällen wurde ein umfassender Plan aufgestellt.

Da nun die Abstimmung ein günstiges Resultat zeitigte, wird es nicht lange mehr dauern bis zur Gründung des neuen Verbandes.

Gewerkschafts- und Volkshäuser. Die am 7. und 8. Dezember in Leipzig tagende Konferenz der Verwaltungen der Gewerkschaftshäuser hat die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der deutschen Gewerkschafts- und Volkshäuser beschlossen. Der Vorstand setzt sich zusammen aus Lewin (Kiel), Odenthal (Hamburg), Wislein (Weipzig) und Biederdt (Hannover) als Erstherrn. Barock ist Hamburg. Die Verwaltungen der Gewerkschafts- und Volkshäuser werden gebeten, vorhandene Druckfachen, insbesondere Satzungen und Geschäftsberichte, an den Genossen Karl Odenthal, Hamburg 1, Belendinerhof 57, einzufenden. Um Auskünfte wolle man sich an dieselbe Adresse wenden.

1000-Jubiläum der Metallindustrie! Freitag nachmittags 3 Uhr Versammlung im Großen Saale des Lehrerseminars, Berlin, Alexanderstraße 40/41. Mitgliedschaft und Verbandsumsatz legitimieren.

Engländer der Metallindustrie! Freitag abend 7 Uhr. Öffentliche Versammlung im großen Saale des Lehrerseminars, Berlin, Alexanderstraße 40/41.

Aus der Partei.

Ein einzigartiges Parlamentsjubiläum. Heute vor zwanzig Jahren hielt Genosse Antrick (jetzt in Braunschweig) seine berühmte gewordene Achtstundensrede gegen den Zolltarif. Die Reichstagsfraktion hatte am 13. Dezember 1902, morgens 10 Uhr, begonnen, abends um 9 Uhr erhielt Genosse Antrick das Wort und sprach ununterbrochen die ganze Nacht hindurch bis morgens 5 Uhr am 14. Dezember. Die Rede war der Abschluß des Obstruktionskampfes unserer Reichstagsfraktion gegen den Zolltarif und hat damals ungeheures Aufsehen erregt. Sie füllt im antiken Stenogramm über 43 Seiten.

Zähne 400 u. 500 M. mit Friedenskautechuk
Schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen, Plomben, Stützgebisse. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 1.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Hilde, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Eindeustr. 3

Unsere Genossin **Wilhelmine Kaczmarek** ist gestorben. Begräbnung Freitag nachmittags 3 Uhr auf dem Zentral-Friedhof, Mariendorfer Weg. 97. 105. 106. Begräbnis. Der Vorstand.

Strickjacken

aller Art Sportgaranturen, Jumper usw.

Bruno Richter, Paarl. Niederlage für Wolwaren. **Kopenhagener Str. 67, 1. Hochb. Nordring u. Bis. Pankow, Mendelstr. 36 I. Pkw. 3723**
Nur Einzelverkauf!

Gold-Silber-Platin

Bruchringe, Ketten, Löffel, Bestecke etc. Brillanten, Zahngebisse kauft höchstzahlend **Erich Fuhrmann** Gotzkowskystr. 13

Zahngebisse

(auch zerbrochene) **Brillanten** Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brennstifte, Münzensammlung, Ketten, Ringe, Uhren. **Juweller Kleinfurter Str. 1** Socksch 3 Min. vom Alexanderplatz

Brillanten Gold Silber - Bruch kauft höchstzahlend **Ankaufsstelle Frankfurter Allee 298** in der Sommerstr.

Gold, Silber, Platin-Bruch

Zahngebisse kaufen zu unüberbietbaren Preisen, da Selbstverwertung **I. Potsdamer Str. 101/2** erste Etage, kein Laden. **II. Skalitzer Str. 31** Lad.

Korbmöbel kaufen Sie am vorteilhaftesten die b. Hersteller **A. Lesdau** Werkstätten für fein. Korbmöbel Fernsprecher: Neukölln 1159. **Amst. u. Oranienstr. Neukölln, Anzeigergraberstraße 26.** Geschäftszeit 8-1, 3-7

Gold Silber - Platin

Gegenstände, Bruch **Zahngebisse** kaufen zu unüberbietbaren Preisen **Gebrüder Fuhrmann** Nollendorferstr. 39.

Man staunt wie billig!

Eilen Sie eh's zu spät wird!

Noch verkaufen wir, soweit Vorrat reicht!

Anzüge / Schlüpfer Winterpaletots Gummimäntel / Hosen

noch sehr billig!

weit unter heutigem Gestehungspreis

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung **133 CHARLOTTENBURG 133** Wilmersdorfer Str. 133 an der Bismarckstrasse.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Zahngebisse auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs sowie **Gold-, Silber-, Platin-Bruch** sämtliche Schmuckgegenstände zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur Barhaine Edelmetallverwertung **2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden** Eingang: Elisabethkirchstrasse **9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)** 2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.

86 Gartenstr. 86 Zahngebisse Gold-, Silber-Bruch, Platin kauft zu höchstem Tageskurs **Paul Schneider, Juwelier 86 Gartenstr. 86** Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Seehundjacken, Kreuz-, Silber-, Zobel-Füchse zu wirklich billigen Preisen. **J. Jägermann, Prinzessinnenstr. 14, Ecke Oranienstr.** am Moritzplatz. — Telefon: Moritzplatz 15/05.

Achtung, Zahnleidende! Durch frühzeitig, günstigen Einkauf bin ich tatsächlich in der Lage, künstl. Zähne, Kronen, Brückenarbeiten für die Hälfte des üblichen Tagespreises zu liefern, Umarbeitungen, Reparaturen sofort. Für guten Sitz und Brauchbarkeit übernehme ich volle Garantie. **Hans Berlin, Dentist, Moabit, Stephanstr. 17, 1** Ecke Rathenower Strasse 9 bis 12 und 2 bis 7 Uhr. Sonntags 19 bis 12 Uhr.

Zahngebisse Gold-, Silber-, Platin-Prismen-Feldstecher ohne **„Wenn u. Aber“** die reellsten Börsenpreise zahlt **Mariannen-Straße 7a.**

Max Busse Gegründet 1878. Neu eröffnet **Ankaufsabteilung** für **Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten** gegenüber dem alibekanntem Haupt-Geschäft **Brunnenstraße 18** an der Invalidenstrasse.

Edelmetall-Schmelze E. Seeger, Putlitzstr. 19 kauft **Gold-, Platin-, Silber-Bruch Zahngebisse.** Besonders hohe Kurse, da unermessl. Bedarf.

Beste reellste Verkaufsmöglichkeit!
Brillanten, Rosen, Perlen

Für größere Steine **1 800 000 M.** und darüber.
GOLD-, SILBER-, PLATIN- BRUCH SACHEN
ZAHNGEBISSE 400 000 M. und darüber, auch einzelne Zähne
UHREN 1 000 000 M. und darüber
MUNZEN-SAMMLUNGEN zu enormen Ankaufspreisen
Großes Lager in massiv goldenen Trauringen

Anerkannst weitverbreitetster bester Ruf! Mein seit vielen Jahren bestehendes, bestrenommiertes offenes Ein- und Verkaufsgeschäft bürgt Ihnen für eine durchaus reelle u. gewissenhafte fachmännische Bedienung. In allen Gegenden ist mein großer Erfolg bekannt; daher gehen Sie nur diesen Weg, um ehrlich bedient zu werden, und verkaufen Sie Ihre Werte

nur **Juwelen - Geschäft** **Hans Köpp, Gartenstr. 105/106** 3 Minuten vom Stettiner Bahnhof, zwischen Invaliden- und Elsässer Straße. **Telephon: Amt Norden 487.** Die übermäßig zahlreichen brieflichen Anfragen können unmöglich Beantwortung finden, jedoch werden Warensendungen prompt erledigt.